

WISO

Nr. 1/23
März 2023
46. Jahrgang

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Schwerpunkt:

Geschlechtergerechtigkeit in der Arbeitswelt – Ziel und Wirklichkeit

Eva-Maria Schmidt: Erwerbsarbeitszeitmodelle und deren Potenzial für Geschlechtergleichstellung • *Martina Beham-Rabanser, Joachim Gerich, Birgit Mock:* Benachteiligungserfahrungen von Eltern am Arbeitsplatz • *Tom Heilmann, Ute Klammer, Christina Klenner:* Welche Rolle spielt die Arbeitsbewertung für den Gender Pay Gap? Analysen mit dem neuen „Comparable-Worth-Index“ geben Aufschluss • *Mirna Specht-Prebanda, Stephanie Müller-Wipperfürth:* Zur Bedeutung von geschlechtersensiblen Gesundheitsschutz am Beispiel der Reinigungsbranche

WISO Praxisforum

Birgit Mock: Vereinbarkeit in der Praxis – Eine Frage der Kultur?! • *Brigitte Huber-Reiter:* Gendergerechte Sprache im Kollektivvertrag

Rezension

AK Wissenschaftspreis 2022

WISO

Rezension

Georg Hubmann / Jakob Kapeller

Georg Hubmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozioökonomie an der Universität Duisburg-Essen und Leiter des Marie Jahoda – Otto Bauer Instituts in Linz (www.jbi.or.at).

Jakob Kapeller (www.jakob-kapeller.org) ist Professor für Sozioökonomie an der Universität Duisburg-Essen und Leiter des Instituts für die Gesamtanalyse der Wirtschaft (www.icae.at) an der Johannes Kepler Universität Linz.

**Rezension zu Markus Marterbauer/Martin Schürz (2022):
Angst und Angstmacherei.
Für eine Wirtschaftspolitik, die Hoffnung macht.
Wien: Paul Zsolnay Verlag**

102

Rezension zu Markus Marterbauer/Martin Schürz (2022): Angst und Angstmacherei. Für eine Wirtschaftspolitik, die Hoffnung macht.

Wien: Paul Zsolnay Verlag

Georg Hubmann / Jakob Kapeller

Pandemie, Klimakrise, Teuerungswelle – das sind die brennenden gesellschaftlichen Entwicklungen, vor deren Hintergrund die Ökonomen Markus Marterbauer und Martin Schürz mit ihrem Vorschlag für eine fortschrittliche Wirtschaftspolitik Hoffnung geben wollen. Hoffnung, die es nach Ansicht der Autoren dringend braucht, um der wachsenden Angst vor Altersarmut, sozialem Abstieg oder Arbeitslosigkeit etwas entgegenzusetzen. Dafür analysieren sie vorherrschende Denk- und Diskursmuster und schlagen konkrete Alternativen zur dominanten neoliberalen Wirtschaftspolitik vor. Diese breit angelegte gesellschaftliche Analyse mit konkreten politischen Vorschlägen zu verknüpfen, gelingt den Autoren auch deshalb, weil sie für ihre Analyse nicht nur ihre langjährigen ökonomischen Erfahrungen und Expertise heranziehen, sondern in kurzen Interviews mit sechs Gesprächspartner:innen weiterführende Perspektiven einbringen, die die Blickwinkel der Autoren ergänzen und Anstöße zum Weiterdenken geben. Marterbauer und Schürz legen Ziel und Motivation für das Buch – nämlich praktische Fragen der Wirtschaftspolitik explizit mit emotionalen Fragen individueller Wünsche, Bedürfnisse und Ängste zu verknüpfen – gleich zu Beginn offen: „Eine Wirtschaftspolitik der Hoffnung“, wie es die Autoren nennen, „setzt auf Maßnahmen zugunsten der vielen und begrenzt den Reichtum der wenigen. Die Freiheit der vielen basiert auf sozialer Sicherheit durch Untergrenzen, Mindeststandards im Sozialen und Ökonomischen sowie Obergrenzen bei Demokratiegefährdung durch Überreichtum. So ermöglicht sie ein selbstbestimmtes Leben.“ (S.17)

Wirtschaftspolitik und Angst

Als Einstieg in das Buch erläutern die Autoren den Zusammenhang zwischen Angst als besondere Stimmungslage des Menschen und der wirtschaftspolitischen Praxis: „Die Gefühle der Menschen sind für die wirtschaftliche Entwicklung von enormer Bedeutung. Sie motivieren das Verhalten von Menschen“ (S. 21). Zum Beispiel, wenn

die Furcht vor Arbeitslosigkeit zum sogenannten Angstsparen führt, das wiederum auf die Nachfrage und damit auch auf Produktion und Beschäftigung drückt und so zu einer selbsterfüllenden Prophezeiung wird. Angst hemmt dabei nicht nur den Wirtschaftskreislauf, sondern auch unsere Kreativität im Beruf, unseren Mut im Privatleben oder das Aufwachsen unserer Kinder. Zugleich ist Angst nahezu allgegenwärtig, sodass in modernen Industrieländern mehr als ein Viertel der Bevölkerung von Angststörungen und Depressionen betroffen ist – ein Befund, der im Buch nicht nur mit zahlreichen Quellen herausgearbeitet, sondern auch mittels Erfahrungen aus der psychotherapeutischen Praxis kontextualisiert wird (siehe auch: Case&Deaton 2015). Neoliberale Wirtschaftspolitik greift diese Ängste auf und schürt sie durch gezielte Botschaften und Spins die beispielsweise insinuiert, dass eine Politik, die das Eigentum der Reichsten besteuern will, auch den Durchschnittsbürger:innen das Auto oder den Schrebergarten nehmen wolle. Diese Ängste sollen also bei den vielen bleiben und solidarisches Handeln unterminieren, damit eine neoliberale Wirtschaftspolitik die Profitinteressen der wenigen bedienen kann.

Der Sozialstaat schafft Hoffnung

Eine angstmindernde Wirtschaftspolitik muss also bei den materiellen Sorgen und Ängsten der Menschen ansetzen. Der Sozialstaat ist für die Autoren dafür das zentrale Instrument und „eine der größten zivilisatorischen Errungenschaften“ (S. 56), doch dieser muss regelmäßig an neue Realitäten angepasst und weiterentwickelt werden, um Hoffnung auf eine bessere Zukunft vermitteln zu können. Marterbauer und Schürz diskutieren detail- und kenntnisreich die Qualität des österreichischen Sozialstaates. Bei allem Lob für die Errungenschaften desselben bleiben aber sechs Punkte – von der Zwei-Klassen-Medizin über die unzureichende Pflegeversorgung, vorwiegend weibliche Altersarmut, der sozialen Absicherung von Erwerbslosen (und Selbstständigen) bis hin zum Bedarf für eine neue bedarfsorientierte Mindestsicherung – an denen die Autoren Potenzial für Verbesserungen orten. Für den Bereich der Pflege liefert das im Buch als Interview abgedruckte Gespräch mit Flavia Matei – Architektin und Mitbegründerin der IG 24 – die Interessensvertretung der 24-Stunden-Betreuer:innen – wichtige Einblicke in einen Bereich sozialer Absicherung, in dem große Herausforderungen der Zukunft liegen.

Die demografische Entwicklung wird auch die Ausgaben für Pensionen und Gesundheit erhöhen und einen Ausbau des Sozialstaates in diesen Bereichen erfordern. In der Zunahme der Sicherheit sehen Marterbauer und Schürz die Basis für die Hoffnung auf ein besseres Leben in Freiheit, Kürzungen im Sozialstaat würden hingegen die Ängste der Menschen befördern. Als solidarische Lösung für die Finanzierung schlagen die Autoren hier Steuern auf den wachsenden Vermögensbestand vor, die später noch ausführlicher diskutiert werden.

Gute Jobs und Einkommen

„Sinnerfüllte Erwerbsarbeit“ und „Löhne, von denen man leben kann“ sind zwei weitere Bausteine für eine „Wirtschaftspolitik, die Hoffnung macht“, deren Ziel sein muss, möglichst viele gute Jobs zu schaffen. Denn „Lohnarbeit ist nicht nur Mittel zum Zweck“, sie erfüllt auch soziale Funktionen und soll ökonomische Absicherung und gute Arbeitsbedingungen bieten. Um das durchzusetzen, schlagen Marterbauer und Schürz Mindeststandards für gute Jobs vor: Eine Arbeitslosenversicherung, die verlässlich vor Armut schützt; Milliardeninvestitionen in soziale Dienste und Klimamaßnahmen, um das Ziel Vollbeschäftigung zu erreichen; eine Arbeitsmarktpolitik, die Menschen für gute Jobs qualifiziert (siehe Kasy&Lehner 2022) und auch nur mehr auf solche vermittelt; innovative Formen der Arbeitszeitverkürzung, die mehr Freiheit in der Arbeitsgesellschaft schaffen. Doch nicht nur die Qualität der Arbeit, sondern auch dass die Höhe der Löhne ein gutes Leben sichert, muss ein Ziel einer „Wirtschaftspolitik, die Hoffnung macht“ sein. Mindestlöhne von zumindest zwei Drittel des Medianlohns erhöhen die unteren Einkommen deutlich und führen zu Produktivitätssteigerungen. Die Autoren fordern die rasche Umsetzung eines Mindestlohns von 1.700 Euro 14-mal im Jahr und verweisen darauf, dass die Dringlichkeit dieser Maßnahme durch die aktuell hohe Inflation nochmals verschärft wird. Durch wirksame Lohnuntergrenzen und die Umsetzung der Europäischen Mindestlohn-Richtlinie könnten in ganz Europa Niedriglohnsektoren verschwinden, die untersten Einkommen deutlich profitieren und es gäbe mehr Sicherheit für jene Menschen und Haushalte, die diese ökonomische Absicherung am dringendsten benötigen.

Armut abschaffen

Die Autoren schließen hier direkt an und diskutieren die Abschaffung der Armut als eine radikal-progressive Perspektive für die künftige Entwicklung der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Dabei geht es um 386.000 Personen (2021) und davon 94.000 Kinder und Jugendliche, die wesentliche Grundbedürfnisse nicht befriedigen können, weil ihnen schlicht die nötigen finanziellen Mittel dazu fehlen. Die Kosten für die Überwindung absoluter Armut in Österreich schätzen die Autoren auf zwei bis drei Milliarden Euro im Jahr – ein vergleichsweise bescheidener Betrag, der etwa 0,5 Prozent des österreichischen Bruttoinlandsprodukts entspricht. Kinder und Jugendliche leiden besonders unter materieller Deprivation und ihre Lebenschancen erfahren dadurch massive Einschränkungen. In einem der Interviews schildert die klinische Psychologin und Psychotherapeutin Gertrude Bogyi eindrucksvoll die in vielen Dimensionen massive Überforderung armer Kinder. Finanzielle Probleme führen zu dauerhafter Anspannung und Nervosität bei den Eltern, die Aggressionen nehmen zu und Kinder werden depressiv. Sie diagnostiziert hier eine massive Benachteiligung von Kindern, die in armen Haushalten aufwachsen und fordert, dass die wachsende Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter aufgeht, es zu einem Umdenken kommt und die Wertigkeit des Teilens zunimmt.

Dieselbe grundlegende Perspektive – Armut zu vermeiden – lässt sich auch auf bestehende wohlfahrtsstaatliche Institutionen anwenden. Marterbauer und Schürz weisen dieser Logik folgend zu Recht darauf hin, dass ohne den Sozialstaat 2021 in Österreich 3,9 Millionen Menschen armutsgefährdet gewesen wären. Konsequenterweise sehen sie daher gute Jobs und den Ausbau des Sozialstaates als zentrale Hebel im Kampf gegen die Armut an. Als aktueller Aspekt kommt die Notwendigkeit, Energiearmut zu verhindern, hinzu, denn gerade für die unteren Einkommensgruppen werden die Kosten für Heizung, Warmwasser und Beleuchtung zusehends zu einer immer größeren Belastung. Die Autoren diskutieren die Rolle der bedarfsorientierten Mindestsicherung als zusätzliches soziales Netz, eine Jobgarantie als Absicherung gerade für langzeitbeschäftigungslose Menschen sowie die gerechte Ausgestaltung des Bildungssystems im Sinne einer sozialen Öffnung, damit gleiche Chancen unabhängig vom Bildungsstand der Eltern gewährleistet sind. Die Leistbarkeit von Grundbedürfnissen ist zentral, wenn es um die Verhinderung

von Armut geht und dabei geht es vor allem um die Frage der Wohnkosten. Mietzinsobergrenzen, leistbare Mietwohnungen mit unbefristeten Mietverträgen setzen die Autoren als Standards, um den Wohnungsmarkt weitgehend zu regulieren und die Spekulation mit Wohnraum zu beenden.

In einem inhaltlich sehr dichten Kapitel zur Bedeutung eines sicheren Zuhauses für ein angstfreies Leben, kommt auch ein Bildungsaufsteiger aus dem Gemeindebau zu Wort, mit dem die Autoren in Bourdieuscher Manier die lebenslange Prägung durch die finanziellen und sozialen Möglichkeiten der Familie in der Zeit des Heranwachsens analysieren. Die lebensnahe Schilderung sozialer Unterschiede in der Gesellschaft verdeutlicht die inhaltlichen Anliegen der Autoren durch Mindeststandards im Sozialstaat und der Arbeitswelt Ängste zu nehmen, mehr Gleichheit zu schaffen und so die Hoffnung aller zu stärken.

Ungleichheit, Vermögen und Erbschaften

Als zentralen Baustein für die Durchsetzung einer Wirtschaftspolitik, die Hoffnung macht, sehen Marterbauer und Schürz die Besteuerung von Vermögen und Erbschaften. Denn die extreme Ungleichheit privater Vermögen bringt auch eine ungleiche Verteilung von politischer und wirtschaftlicher Macht. Extreme Vermögensungleichheit, wie sie heute in den meisten Ländern anzutreffen ist, ist für die Autoren aber nicht nur demokratiepolitisch gefährlich, sondern auch schädlich für die ökonomische Entwicklung.

Auch in diesem Abschnitt des Buches verdeutlichen die Autoren systemische Zusammenhänge zwischen ungleicher Verteilung, Sozialstaat und den Lebenslagen der vielen. Sie analysieren den gesellschaftspolitischen Diskurs zu Reichtum und Vermögenssteuern, zeigen den großen Einfluss der Vermögensverteidigungsindustrie und diskutieren die weit verbreiteten Ängste, die mit Besitz und möglichen Erbschaften einhergehen. Gerade die Angst von Eigenheimbesitzer:innen vor einer Besteuerung ihres hart erarbeiteten kleinen Wohlstandes wird im Diskurs von den Lobbies der Reichen immer wieder instrumentalisiert, um die eigenen Interessen zu bedienen. Einblicke in das Leben einer „anderen Reichen“ liefert das Interview mit der jungen Millionenerbin Marlene Engelhorn, die sich für eine konsequente Besteuerung von Vermögenden ausspricht.

Es wird deutlich, dass auch in diesem Feld die emotionalen Pole zwischen Hoffnung und Angst eine hilfreiche Analysedimension aufspannen, die es erlaubt, gesellschaftliche Zustände und wirtschaftspolitische Maßnahmen mit Blick auf individuelle Bedürfnislagen zu reflektieren. Auf Basis dieser Analyse entwickeln Marterbauer und Schürz wiederum zahlreiche politische Vorschläge zur möglichen Gestaltung von Vermögens- und Erbschaftssteuern. Darunter fallen eine systematische Erfassung hoher Vermögen, die Einziehung hoher Freibeträge von zumindest einer Million Euro (um nur die reichsten vier Prozent aller Haushalte zu besteuern) sowie einen progressiven Steuersatz, um die höchsten Vermögensbestände zu verringern und so mehr soziale Gleichheit zu erreichen. Konsequenter wäre aus Sicht der Autor:innen – wie auch für den bekannten Ungleichheitsforscher Thomas Piketty (2020) – die Festlegung einer Grenze für Überreichtum im Zuge einer breit angelegten Debatte über die gesellschaftlichen Auswirkungen von Vermögenskonzentration und Ungleichheit.

Da mit einer Erbschaft keine Leistung der Erb:innen verbunden ist und Erbschaften ein wichtiger Treiber von Vermögenskonzentration und Ungleichheit sind, sehen die Autoren auch die Notwendigkeit für die Einführung einer Erbschaftsteuer. Dazu skizzieren sie ein Vorgehen ähnlich zur Einkommensteuer. Bereits kleine Beträge sollen besteuert und alle Vermögensbestände einbezogen werden. Wenn der effektive Steuersatz zumindest dem der Einkommenssteuer entsprechen würde, könnte mit dem zu erwartenden Aufkommen von zwei bis drei Milliarden Euro zweckgebunden der Ausbau der Elementarpädagogik und der sozialen Pflege finanziert und damit ein wichtiger Schritt Richtung mehr Chancengleichheit gesetzt werden.

Grenzziehungen gegen die Angst

Sowohl Vermögens- als auch Erbschaftssteuern sind damit zentrale Elemente einer Wirtschaftspolitik, die Hoffnung macht. Marterbauer und Schürz fordern konsequent wirtschaftspolitische Grenzziehungen, die – scheinbar paradoxerweise – nicht als Beschränkungen im engeren Sinne zu verstehen sind, sondern, im Gegenteil unseren Handlungsspielraum mittelfristig erweitern können. Soziale Absicherung und ökonomischer Ausgleich bieten den Schwächsten mehr Spielraum, aber sie schaffen auch Sicherheit und sozialen Frieden, der allen zugutekommt. Untergrenzen im Sozialstaat, die für alle Menschen ein

würdiges Leben ohne Armut sichern, sind ebenso wie Grenzziehungen für exzessiven Reichtum, ein hilfreiches Instrument, um die soziale Balance einer Gesellschaft zu erhalten. Eine gerechte Gesellschaft in diesem Sinne versucht Ungerechtigkeiten auszugleichen und ist wachsam gegenüber Machtasymmetrien, die in einer aufgeklärten Demokratie stets kritisch reflektiert werden müssen. Denn es gibt nur selten ein „Wir von Arm und Reich“ – vielmehr ist oftmals genau dies die Demarkationslinie, entlang der sich ökonomische und soziale Unterschiede manifestieren. Alle anderen Gegensätze – wie etwa die Generationenfrage – die von Neoliberalen vorgebracht werden, wenn sie ein Zerrbild der „Gleichmacherei“ als Drohbild konstruieren, lenken davon ab. Eine „Wirtschaftspolitik, die Hoffnung macht“ will Zukunftshoffnungen wecken und tritt für eine egalitäre Gesellschaft ein, in der die Grenzen nach oben und unten so gezogen sind, dass alle Menschen politisch gleich sind und sich auf Augenhöhe begegnen. Diese Sichtweise greift nicht nur zentrale Aspekte der Aufklärung als Kernelement der europäischen Geistesgeschichte auf – sie ist auch dazu geeignet, Angst zu nehmen und Hoffnung zu stärken!

In diesem äußerst lesenswerten Buch wird detail- und faktenreich informiert, Sozial- und Wirtschaftspolitik verknüpft und viele gute Ideen für die politische Umsetzung auf den Tisch gelegt. Dabei werden zentrale politische Querverbindungen – etwa zur Gleichstellung, Migration oder Umweltpolitik – konsequent mitgedacht, auch wenn sich insbesondere die Frage der Klimapolitik – und ihrer Verknüpfung mit einer sozial-ökologischen Transformation – noch etwas mehr Aufmerksamkeit der Autoren verdient hätte. Besonders gelungen an diesem Buch ist die Verbindung zwischen wirtschaftspolitischen Fakten und Maßnahmenvorschlägen einerseits sowie den Gefühlswelten der Menschen zwischen Angst und Hoffnung andererseits. Dabei wird klar, dass ein solidarisches Miteinander in einer Kultur der Angst nicht funktionieren kann und dies macht das Plädoyer für eine „Wirtschaftspolitik, die Hoffnung macht!“ durchaus überzeugend. Daher klare Leseempfehlung für alle, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Zusammenhänge vor dem Hintergrund von Fakten und Gefühlswelten zusammendenken wollen.

Literatur:

- » *Case, A / Deaton, A. (2020): Deaths of Despair and the Future of Capitalism, Princeton University Press, Oxford.*
- » *Kasy, Maximilian / Lehner, Lukas (2022): Employing the unemployed of Marienthal: Evaluation of a guaranteed job program, Working Paper, https://maxkasy.github.io/home/files/papers/Jobguarantee_marienthal.pdf (last download 14.02.23).*
- » *Piketty, Thomas (2020): Kapital und Ideologie, C.H. Beck, München.*